

Der Ausweg aus dem Labyrinth

Von Raif Hussein

Vor dem Gazakrieg 2008/2009 ruhten alle politischen Achsen, die den israelisch-palästinensischen Konflikt seit Jahrzehnten manövrieren. Der militärische Putsch der HAMAS und die damit herbei geführte politische und geografische Spaltung Palästinas hatte alle Aktivitäten quasi lahmgelegt: Die Israelis warteten auf ihre neue Regierung. Der Regierungschef Olmert wurde durch die Bestechungsaffären und durch die parteiinterne Entmachtung außer Gefecht gesetzt. Die Europäer und die Amerikaner haben auf einen neuen Präsidenten gewartet.

Alles schien, als ob allseits auf etwas Größeres gewartet wurde. Unübersehbar war aber: Es war eine bedrohliche Stille vor dem Gazakrieg.

Dieser Krieg ist nun vorbei. Die Zerstörung und das Elend aber sind allgegenwärtig. Die Achsen drehen sich wieder und es scheint so, als ob alles beim bekannten Alten bleibt. Nichts Neues kommt aus den Aktentaschen der Diplomaten heraus. Europa zahlt Geld und baut wieder auf, was Israel zerstört hat. Die Amerikaner haben wieder einen neuen Messias, der dem Nahen Osten Heil und Frieden bringen soll. Und Israel ist wieder einmal nach rechts gerückt. Die Rechtsradikalen und Faschisten werden die politische Marschroute in Israel mehr und mehr beeinflussen. Und die Palästinenser schauen wie eh und je erstaunt zu und nicken ergeben. Sie verhandeln wieder einmal Monatelang über ihre Einheit und erkennen kaum, dass sie eine wertvolle Karte verspielen. Sie sind zersplittert, sie sind macht- und führungslos. Nicht einmal ihr eigenes Schicksal haben sie im Griff.

Einfache Menschen weltweit stellen sich mit Recht die Frage: Wie lange noch muss man auf dem Ausweg aus diesem Labyrinth warten?

Es ist ein mittlerweile über 60 Jahre andauerndes Drama mit dem Titel „Stirb langsam Palästina“, ein Drama mit sich immer wiederholenden Szenarien. Merkwürdig ist es einfach, dass dabei der Sachverhalt doch sehr eindeutig ist. Und der Ausweg ist sehr simpel, wenn man internationales Recht und internationale Beschlüsse als

Maß und Grundlage für den Umgang mit dem Konflikt und allen Kontrahenten anlegt und wenn man die Doppelmoral der westlichen Welt für einen Moment ablegt. Israel besetzt und besiedelt widerrechtlich seit über 40 Jahren ein anderes Land. Israel terrorisiert und schikaniert seine Bevölkerung und raubt seine Ressourcen. Aber die Mächte, die internationalem Recht zur Durchsetzung verhelfen könnten, haben Israel einen Sonderstatus auf Ewigkeit eingeräumt. Egal wer in Israel regiert und was Israel mit den Palästinensern tut, das Land und seine Führung braucht nichts zu befürchten. An anderen Stellen der Welt predigen diese Mächte von Menschenrechten und der Einhaltung von UNO-Beschlüssen. Sie setzen Armeen und wirtschaftlichen Druck ein, um internationales Recht durchzusetzen. Und gleichzeitig drücken sie beide Augen zu über die Taten Israels im besetzten Palästina. Es sieht so aus, als ob sie, die westlichen Mächte, insbesondere die westlichen Europäer, ihr Gewissen um ihre Gräueltaten gegenüber den Juden Europas auf Kosten der Palästinenser bereinigen wollen.

Das Geld der Geberländer für Palästina dient als Aspirin, das den Schmerz des palästinensischen Volkes über den anhaltenden Verlust seiner Heimat und seiner Würde mildern soll. Die Konferenzen in schicken Hotels mit den Gesandten dienen als psychologische Therapiesitzungen, die den Sterbenden auf seinem letzten Weg beruhigend begleiten sollen. Sterben soll es aber langsam und sanft.

Seit der Ermordung des israelischen Premiers Rabin im November 1995 verfolgt Israel eine eindeutige Strategie im Umgang mit der Palästinafrage. Es änderte seine Lösungsansätze wie „Land gegen Frieden“, die den Osloer Friedensprozess auszeichneten, hin zu einer Strategie der Konfliktverwaltung bei Fortsetzung der Siedlungspolitik. Die Weltgemeinschaft, die arabische Welt und die Palästinenser selbst sollen sich immer wieder für eine Zeitspanne mit einem bestimmten gravierenden Problem beschäftigen und dies als sehr dringend zu lösen ansehen. So hat Israel alle Beteiligten lange mit dem Schulbuchsystem in Palästina, mit den Checkpoints, mit dem Gerichtsverfahren über den Verlauf der Apartheidsmauer, mit dem Abbau von „illegalen“ Siedlungsposten, mit den Warenlieferungen nach Gaza und mit der EU-Kontrolle über den Übergang Rafah etc. beschäftigt. Israel hat Krisen geschaf-

fen und einige Probleme gut in Szene gesetzt und dermaßen aufgebläht, dass die Weltgemeinschaft von dem eigentlichen Problem, der Besetzung nämlich, abgelenkt wurde. Israel diskutierte und veranstaltete zahllose Treffen mit Gesandten und mit palästinensischen Vertretern. Es ließ Probleme eskalieren und erklärte mehrmals, dass sie auf palästinensischer Seite keinen Gesprächspartner hätte. Es unterbrach daraufhin die Verhandlungen, damit die Weltgemeinschaft immer wieder von „Belebung des Friedensprozesses“ sprach. Tot war dieser Prozess allerdings schon bei seiner Unterzeichnung, denn er hat dem Patienten lediglich Aspirin verabreicht und keine adäquate Therapie verschrieben. Das Krebsgeschwür, die Siedlungen, wuchsen immer weiter und immer schneller im palästinensischen Körper. Das israelische kolonialistische Projekt hat seinen Höhepunkt tatsächlich ziemlich exakt während der Phase des „Friedensprozesses“ gefunden.

Seit dem Beginn des „Friedensprozesses“ 1993 hat sich die Zahl der israelischen Siedlungen im besetzten Palästina ebenso verdoppelt wie die Zahl der dort lebenden Siedler. Israel hat in den vergangenen 20 Jahren ein Straßennetz im besetzten Palästina aufgebaut, das die Siedlungen untereinander verbinden soll, ohne palästinensische Ortschaften zu durchkreuzen. Ein Straßennetz, das nur von Siedlern und anderen Israelis benutzt werden darf. Den Palästinensern bleibt der Zutritt streng verboten. Für diese Apartheidsmaßnahme hat Israel tausende Hektar palästinensischen Bodens enteignet.

Während der Phase des „Friedensprozesses“ hat Israel eine Mauer auf palästinensischem Boden aufgebaut und das Land Palästina in kleine Bantustans zerstückelt. Eine Mauer, die fruchtbaren Boden verschlungen und zerstört hat. Für den Bau der Siedlungen, der Apartheidsstraßen und den Bau der Mauer hat Israel wahrhaftig über eine Millionen Bäume entwurzelt. Eine Naturkatastrophe, deren Ausmaß verheerend sein wird. Kurzum: Israel zieht den Palästinensern reglerecht den Boden unter den Füßen weg. Es raubt ihnen ihre nackte Existenz und redet dabei doch so betont von der Bedrohung der eigenen Existenz. Eine Heuchelei, die ihresgleichen in der Geschichte sucht.

Darüber hinaus hat die Besatzungsmacht Israel hunderte Checkpoints im besetzten Palästina errichtet. Von der Gnade der Soldaten an diesen Checkpoints hängt das Leben des palästinensischen Volkes ab. Ohne ihre Zustimmung funktionieren weder Wirtschaft noch Gesellschaft. Dort endet auch die Macht eines jeden palästinensischen Politikers. Spätestens an diesen Checkpoints begreift man nicht nur, dass die Besatzung allgegenwärtig ist, sondern auch, dass die palästinensische Regierung lediglich einen Schatten ihrer selbst darstellt. Das Reden vom Friedensprozess unter diesen Umständen empfinden die Palästinenser nur noch als Sarkasmus. Die zahlreichen Wirtschaftsprogramme der westlichen Länder für Palästina sind schon bei ihrer Planung zum Scheitern verurteilt. Eine funktionierende Wirtschaft braucht freie Wege und Zugänge - genau diese sind aber eben durch die israelischen Repressalien nicht mehr garantiert. Ohne funktionierende Wirtschaft entsteht auch keine friedliche Gesellschaft. Ein Teufelskreis, in dem sich Palästina seit mehr als 15 Jahr dreht, und ein Ende ist nicht in Sicht. Man verwaltet den Konflikt, statt adäquate, gründliche Lösungsansätze zu suchen.

Israel möchte den Frieden, aber nach seinem Maß. Einen Frieden ohne Palästinenser, aber mit Beibehaltung ihres Bodens. Einen Frieden ohne internationales Recht und internationale Konventionen. Ein Diktat soll er sein, in dem der Palästinenser nur noch mit dem Daumendruck dankend absegnet, was die israelische „Großzügigkeit“ ihm überlassen hat.

Nach israelischem Ermessen soll der Palästinenser sein „Schicksal“ akzeptieren. Sein Schicksal, in einem Miniaturstaat zu leben und von Israelischer Gnade abhängig zu sein. „Friss oder stirb“ lautet das Motto der israelischen „Großzügigkeit“ gegenüber dem palästinensischen Volk. Diese Politik hat nun seit über 15 Jahren Bestand und die Weltgemeinschaft schweigt und zahlt.

Die palästinensische Führung protestiert und droht lauthals, um nur ein paar Tage später den Bruderkuss mit einem israelischen Politiker noch einmal auszutauschen. Eine Führung, die kaum den Namen verdient hat. Sie ist macht- und planlos. Ihr Schicksal ist von der Gnade Israels und den Almosen der Geberländer abhängig. Diese palästinensische Führung ist dermaßen machtbesessen, dass sie es kaum be-

merkt, welchen Preis sie und das palästinensische Volk Tag für Tag bezahlen, nur um mit Israel sprechen zu dürfen und den Konflikt zu verwalten. Sie schauen zu wie Palästina langsam stirbt.

Aus diesem Labyrinth, das täglich komplizierter und verwickelter wird, gibt es tatsächlich einen eindeutigen Ausgang: Ende der Besatzung und die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates auf den restlichen 22% Teil des historischen Palästinas. Diesen Ausgang sehen viele deutlich und erkennen, dass ohne ihn der Ausweg aus dem Labyrinth nie gelingen kann. Es ist aber ein Ausgang, durch den der Gang wahrlich nicht leicht ist. Durch diesen Ausgang und dabei einen Weg zu gehen, der zu einer anderen friedlicheren Realität führt, ist nur für mutige Politiker geeignet. Politikmacher die an künftige Generation denken und nicht an die nächsten Wahlen und die nächste Meinungsumfrage.

Ich werde diesen Weg in fünf aufeinander abgestimmten Schritten skizzieren, die von allen Akteuren, die in den Israel-Palästina-Konflikt involviert sind, zu unternehmen sind.

Im ersten Schritt würde ich der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) raten, jeglichen Kontakt mit der offiziellen israelischen Seite sofort abubrechen, bis Israel seinerseits den ersten Schritt, den ich später beschreiben werde, getan hat.

Dieser Schritt mag für einige sehr radikal erscheinen und einen gewaltigen Rückschlag bedeuten. Dieser Schritt ist aber, meiner Meinung nach, unvermeidbar, nicht nur weil die israelische Administration die Macht und den Respekt der PA durch ihre militärischen Interventionen und ihre koloniale Politik im besetzten Palästina ad absurdum geführt hat, sondern weil inzwischen die PA in den Augen der Palästinenser und der meisten Araber schlechthin als Feigenblatt für diese israelische Politik dient. Ein Fiasko, das die moderaten Kräfte im palästinensischen Lager mit dem Rücken zu Wand stellt, und Tür und Tor für radikales und Versöhnungsfeindliches Gedankengut eröffnet.

Das Schweigen der PA über die fortdauernde israelische Okkupation und die anhaltende Siedlungspolitik im besetzten Palästina macht sie unter den Palästinensern unbeliebt. Sie trägt gemeinsam mit der Besatzung die Verantwortung für die mise-

rable Situation des Volkes. Diese Tatsache hat dazu geführt, dass die Hardliner in Palästina die Oberhand in der Gunst des Volkes übernommen haben.

Die sinnlosen Gespräche mit der israelischen Seite bei andauerndem Siedlungsbau und de facto militärischer Besetzung ist wie der Verkauf von Sand in der Wüste. Sie ist kontraproduktiv für die palästinensischen Interessen, sie ist ein Hindernis für die Etablierung einer friedlichen zivilen Gesellschaft geworden. Wer trotz dieser Tatsache an diesen Gesprächen bedingungslos teilnimmt, sie sogar fordert, handelt grob fahrlässig gegen die Interessen des palästinensischen Volkes und gegen einen dauerhaften, angemessenen Frieden zwischen Israel und Palästina, und muss dies auch verantworten.

Von dem Fortbestehen dieser ergebnislosen Gespräche profitierten nur die Radikalen in Palästina. Dies kann weder im Interesse Palästinas noch im Interesse Israels und der Weltgemeinschaft sein.

Im zweiten Schritt rate ich der PA zu einem schon längst fälligen Schritt. Sie soll sich selbst auflösen und den Weg für die Wiederherstellung der Einheit des palästinensischen Volkes frei machen. Binnen neun Monaten nach der Ankündigung der Auflösung sollen Wahlen für die neu zu schaffenden Regionalparlamente in Palästina stattfinden. Parallel dazu sollen auch Wahlen für die Abgeordneten im palästinensischen Nationalrat (PLO-Parlament) auch im Ausland stattfinden.

Die politische Verantwortung für das gesamte palästinensische Volk soll wieder an der richtigen Stelle, nämlich bei der PLO platziert werden. Denn die PLO ist das einzige Gremium, das das gesamte Volk repräsentiert hat und weltweit als Repräsentant anerkannt ist. So ein Privileg zu verspielen ist verantwortungslos und birgt in sich auf Dauer künftige Konfrontationen, die die gesamte Region destabilisieren können.

Die PA wurde lediglich von den Palästinensern im besetzten Palästina (3,5 Millionen, insgesamt leben fast 10 Millionen Palästinenser weltweit) gewählt. Die Entmachtung der PLO durch Arafat hat die palästinensische Sache um Jahrzehnte nach hinten geworfen. Dies hat auch indirekt die islamischen und islamistischen Kräfte, die der PLO nie beigetreten sind und sie sogar bekämpft haben, nur ge-

stärkt und ihren Anspruch, das palästinensische Volk zu führen und zu repräsentieren untermauert. Die letzten Wahlen 2006 und die letzten Umfragen in Palästina und unter den Palästinensern in den umliegenden arabischen Staaten bestätigen diese Tendenz.

Nach der Auflösungsankündigung fungiert die PA als Übergangsregierung und stellt die Weichen für eine Reorganisation des politischen Lebens im besetzten Palästina.

Solange es den Staat Palästina in den Grenzen von 4. Juni 1967 faktisch nicht gibt, hat es auch keinen Sinn, von einer palästinensischen Regierung zu sprechen. Die vergangenen 15 Jahre haben gezeigt, dass eine PA lediglich für die Alltagsgeschäfte der Menschen zuständig sein kann. Vereinfacht ausgedrückt war sie für die Postzustellungen und die Müllabfuhr zuständig. Mehr Kompetenzen bekam sie von der Besatzungsmacht nicht. Diese Aufgaben können auch Regionalparlamente (Palästina soll demnach drei Regionalparlamente bekommen, in Gaza, im Norden sowie im Süden der Westbank) erledigen. Dies würde auch die Spaltung innerhalb des besetzten Palästinas beenden.

Bei der Reorganisation des politischen Lebens in Palästina, bei der Erneuerung und dem Wiederaufbau der PLO sollten einige Punkte beachtet werden:

- Die drei Regionalparlamente (RP) in Palästina schließen untereinander einen Föderationsvertrag für ein künftiges Palästina.
- Die RPs sollen nicht mehr als 40 Abgeordnete umfassen. Das ist wichtig, um am Ende nicht einen aufgeblähten Nationalrat zu haben. Die Abgeordneten der Regionalparlamente und die Senatoren sind automatisch Mitglieder der entsprechenden Gremien der PLO. Die Abgeordneten sind also Mitglieder des palästinensischen Nationalrates und die Senatoren sind Mitglieder des Zentralkomitees der PLO.
- Die Struktur, Kompetenzen und der Aufbau der Regionen sollten wie die der Bundesländer in Deutschland.
- Das 100% Verhältniswahlrecht für alle Institutionen der PLO und die RPs ist eine wichtige Grundlage für die Reorganisation und den Wiederaufbau

des palästinensischen politischen Lebens, und eine Garantie, die politische und soziale Struktur des palästinensischen Volkes in seiner Institution wider zu spiegeln.

- Die außenpolitische Verantwortung und die Verhandlungen mit Israel sind eine Angelegenheit des Exekutivkomitees der PLO.

Der Schritt der Selbstaflösung der PA ist auch deshalb notwendig, weil diese mehr zu der Zersplitterung des palästinensischen Volkes als zu seiner Einheit geführt hat. Die Errichtung der PA kam zu einer Zeit, in der die palästinensische Führung sich nicht entschieden hat, in welcher politischen Phase sie sich befindet: In der State Building-Phase oder immer noch in der Befreiungskampf-Phase. Diesen Seiltanz versuchte Arafat Jahrelang zu beherrschen – allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Das hat ihm seine Glaubwürdigkeit und am Ende sein Leben gekostet.

Arafat versuchte, mit der Clan-Sippenherrschaft- Strategie die Loyalität der größten Teile der Bevölkerung zu kaufen. Dies gelang ihm nur bedingt und nur für kurze Zeit. Sein Verhängnis war die Rebellion und die Gier einiger seiner Parteifreunde. Er versuchte, alle zufrieden zu stellen – und das manchmal auf Kosten der Integrität und der Interessen des Volkes. Es war ein Cocktail aus Missmanagement und „bad Governments“. Bestechungen, Vetternwirtschaft, und Korruption waren die Merkmale der letzten fünf Jahre der Arafatsherrschaft. Dies ging auch nach seinem Tod weiter, eskalierte in Flügelkämpfen und führte später zu einem blutigen Bürgerkrieg.

Rückblickend auf die vergangenen 15 Jahre können wir feststellen, dass die PA auf der ganzen Linie versagt hat. Die Situation der palästinensischen Bevölkerung im besetzten Palästina ist in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht um vieles schlechter geworden als vor der Installation der PA. Das liegt wahrlich nicht nur daran, dass die Besatzungsmacht allgegenwärtig ist und alles erschwert hat, sondern auch an der Unfähigkeit des palästinensischen Systems und seiner Funktionäre. Die PA hat sich ein Sicherheitssystem aus mehr als 16 Apparaten geleistet, die Milliarden verschlungen haben. Geld das notwendiger wäre für Bildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Ein aufgeblähter Verwaltungsapparat, der nur dazu diente

Funktionären der Fatah und deren Familien ein sicheres Einkommen zu garantieren.

Nach diesen beiden radikalen Schritten, die das palästinensische Volk und seine Führung unternehmen müssen, um seine Funktionsfähigkeit wieder zu erlangen, ist es unausweichlich, dass die westliche Weltgemeinschaft vertreten durch das Quartett eine entscheidende Grundlage für einen echten neuen Anlauf zur Befriedung der Region unternimmt.

In einem dritten Schritt muss das Quartett eine Kehrtwende seiner Nahostpolitik einleiten. Es braucht eine neue Agenda. Die bisherige Nahostpolitik der westlichen Weltgemeinschaft war gekennzeichnet durch eine uneingeschränkte Unterstützung und leiser Zustimmung für totalitärere arabische Regime. Und dies mit der Strategie, alles zu unternehmen, um arabisches Bewusstsein und Patriotismus im Keim zu ersticken. Auch wenn das bedeutete, islamisch-fundamentalistische Strömungen zu unterstützen, wie es in Algerien und anderswo in den Achtzigern geschah. Ein weiteres markantes Kennzeichen westlicher Nahostpolitik ist die Doppelmoral in Bezug auf Israel und Palästina. Insgesamt eine Außenpolitik, die verheerende Folgen für die gesamte Welt mit sich gebracht hat. Zusammengefasst rufen diese beiden Ausrichtungen westlicher Nahostpolitik in der arabischen und islamischen Welt eine explosive Antipathie gegenüber dem Westen hervor. Die Palästinafrage bleibt auch nach über 60 Jahren eine zentrale Angelegenheit der arabischen Welt. Jede Entwicklung in der Palästinafrage beeinflusst auch indirekt die Situation in der gesamten arabischen Welt. Das Maßnehmen mit zweierlei Maß wenn es um Israel und Palästina geht, registrieren die arabischen Massen – die Folgen sind eine Steigerung der Antipathie und der angestauten Wut. Ein optimaler Nährboden für antiwestliche Haltungen - und dazu ein Brutkasten für fundamentalistisches Gedankengut. Die westlichen Politiker irren sich, wenn sie denken, dass der Radikalismus in der arabischen und islamischen Welt seinen Höhepunkt erreicht hat. Sie irren sich erst recht, wenn sie meinen, die HAMAS wäre ganz oben auf der Skala des Radikalismus in Palästina einzustufen! Denn die Zeichen, dass es auch radikaler

und extremistischer gehen kann, sind im Gazastreifen seit ein Paar Jahren zu beobachten. Das hat Alqaida deutlich aufgezeigt.

Die neue Ausrichtung der westlichen Nahostpolitik muss, so banal es sich auch anhören mag, das internationale Recht, die Menschenrechte und internationale Beschlüsse zur Grundlage und Maßstab ihrer Außenpolitik machen. Genau dies hat man in den vergangenen 60 Jahren, wenn es um Israel ging, vermisst. Israel hat UN-Beschlüsse und Menschenrechtskonventionen mit Füßen getreten. Israel hat internationales Recht ignoriert und sich drüber hinweg gesetzt. Es steht seit Jahrzehnten über allem und muss sich fast als einziges Land auf der Erde keinen Spielregeln unterstellen. Während internationalem Recht anderswo mit Waffengewalt zur Implementierung verholpen wird, und Staaten mit militärischem und politischem Druck gezwungen werden, UN-Resolutionen umzusetzen, steht Israel unter der ausgestreckten und schützenden Hand der westlichen Mächte. Durch die israelische Arroganz und die Doppelzüngigkeit der westlichen Regierungen haben die Menschen im Nahen Osten das Vertrauen in die Politik verloren. Die einzigen Gewinner aus dieser verfehlten Politik sind die Radikalen. Sie genießen einen enormen Zulauf in der gesamten Region. Die letzten Wahlen in Israel und Palästina sind kleine Indikatoren, die uns zeigen, wohin diese Politik führt.

Die westlichen Regierungen sind gut beraten, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und eine neue Ära der Außenpolitik zu beginnen, bevor es zu spät ist. Die Botschaft an die gesamten Regierungen des Nahen Ostens und insbesondere an die israelische muss deutlich und bestimmend sein. Die Implementierung des internationalen Rechts und die Realisierung der UN-Beschlüsse sind die Eckpfeiler der neuen westlichen Außenpolitik. Die Regierungen, die sich drüber hinweg setzen und Menschenrechtskonventionen nicht achten, müssen mit spürbarem politischem und ökonomischem Druck rechnen. Kein Vetorecht und keine schützende Hand über Aggressionen und Unrecht. Im Zuge dieses Schrittes muss das Quartett eine zwingende Resolution verabschieden, die Israel zwingt UN-Resolutionen zu akzeptieren.

Im vierten Schritt muss Israel einen verbindlichen Entkolonialisierungsplan vorlegen, wonach es innerhalb von drei Jahren alle militärischen Stützpunkte und alle Siedlungen im besetzten Palästina räumt.

Dieser Plan muss von einer Kommission aus Vertretern des Quartetts, der arabischen Liga und der Türkei überwacht und kontrolliert werden. Die Nichteinhaltung des Planes oder die Verzögerung seiner Umsetzung muss mit wirtschaftlichen und politischen Sanktionen verbunden sein.

Die Siedlungen werden an die PLO, als erste Wiedergutmachung für die Repressalien der vergangenen 40 Besatzungsjahre, übergeben.

Mit dem Beginn des Entkolonialisierungsplanes beginnen auch Verhandlungen zwischen Israel und Palästina. Diese Verhandlungen müssen das Ziel haben, einen Fahrplan des Friedens zu erstellen. Die UN-Resolutionen sind Grundlage dieses Planes und nicht das Ziel. Die Verhandlungen laufen unter dem wachsamen Auge einer internationalen Kommission, die Protokolle führt und das Mentoring ausübt.

In dieser Phase werden Verhandlungen über gemeinsame Projekte wie Wasser, Abwasser, Klimaschutz, Wirtschaftsaustausch und Zollbestimmungen, Grenzverkehr zwischen Israel und Palästina geführt.

Am Ende des gesamten Abzugs jeglicher israelischer Präsenz aus Palästina wird ein Friedensvertrag unterschrieben, in dem Palästina sich verpflichtet, ein Staatswesen ohne Armee zu führen und internationale Beobachter zulässt, die dies überwachen.

In einem fünften Schritt übernimmt Israel die historische Verantwortung für das, was es dem palästinensischen Volk 1948 angetan hat. Von diesem Zeitpunkt an beginnen Verhandlungen zwischen Israel und Palästina über das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, wie es das internationale Recht und die UN-Resolutionen vorsahen.

Internationale sowie palästinensische und israelische Spezialisten sollen Details der Rückkehr und der Entschädigung palästinensischer Flüchtlinge diskutieren und Pläne dafür ausarbeiten. Die Weltgemeinschaft garantiert und überwacht die Umsetzung der Pläne.

Am Anfang des Prozesses muss die historische Verantwortung stehen, und nicht die technischen Fragen der Rückkehr. Denn letzteres ist ein Prozess, der unter Umständen Jahrzehnte andauern kann, wogegen die historische Verantwortung eine elementare Grundlage für die Etablierung des Friedens zwischen der Bevölkerung und die Normalisierung ihrer Beziehungen ist. Die Geschichte Deutschlands und Frankreichs nach dem 2. Weltkrieg bzw. Deutschlands und Polens sind in dieser Hinsicht weg- und richtungweisend.

Sowohl im vierten als auch im fünften Schritt kommt auf die Weltgemeinschaft eine große ökonomische Last zu, um die wirtschaftliche Voraussetzung zur Durchführung beider Schritte zu bewältigen.

Der Gazakrieg hat wieder einmal bewiesen, wie viel Gefahrenpotenzial im Nahen Osten steckt. Die Reaktionen der arabischen und moslemischen Massen - und zwar sowohl in der Region als auch weltweit - zeigen die Notwendigkeit, dieses Ventil zu öffnen, um dieses Potenzial langfristig zu bannen.

Und das kann nur durch eine umfassende, gründliche Lösung der Palästinafrage gelingen. Die Palästinafrage ist der einzige Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten und das Tor zu einem neuen Verhältnis der christlichen westlichen mit der moslemischen Welt. Umwege und Ersatzschlüssel nutzen nur die Radikalen, um tiefe Wurzeln in den hiesigen Gesellschaften zu schlagen, und ihre Macht auszubauen. Teillösungen und endlose Verhandlungen, die internationales Recht und UN-Beschlüsse ignorieren, tragen eher zur Verschärfung der Situation bei. Nach über 15 Jahren „Friedensverhandlungen“ mit zahllosen Initiativen, Konferenzen und feierliche Zeremonien bei denen partielle „Friedensverträge“ unterschrieben wurden, können wir feststellen, dass der Nahen Osten jetzt unsicherer, und gefährlicher ist, als je zuvor. Bis dato versuchte man, den Frieden der Präsidenten und Könige zu manifestieren. Es war nie der Versuch da, den Frieden der Völker auf einer soliden Basis zu bauen. Auch der Frieden zwischen Israel und Jordanien bzw. Ägypten ist seit seiner Unterzeichnung ein kalter Frieden geblieben. Dieser ist auch nach Jahrzehnten noch nicht bei den Menschen angekommen.

Vor dem Ausbruch des Krieges in Gaza hat die Weltgemeinschaft die Gelegenheit verpasst, ein positives Zeichen an das palästinensische Volk und an die arabischen Massen zu senden. Sie hätte Israel in die Schranken weisen müssen. Die Weltgemeinschaft und insbesondere das Quartett hätte die hermetische Abriegelung des Gazastreifens nicht dulden sollen. Diese Maßnahme war international geächtet und verstößt gegen sämtliche Menschenrechtskonventionen. Das Schweigen der westlichen Gemeinschaft über das brutale Vorgehen der israelischen Armee mit dem Ausbruch des Krieges, hat die Antipathie der islamisch-arabischen Welt gegenüber dem Westen verstärkt. Unverständlich in diesem Zusammenhang ist sogar das Schweigen der westlichen Regierungen, denn die Empörung in deren Gesellschaften über das israelische Vorgehen war enorm. Die Rückendeckung ihrer Gesellschaften haben die westlichen Regierung aber nicht genutzt, stattdessen zeigten sich großzügig bei dem Verteilen von Steuergeldern zum Wiederaufbau dessen, was Israel im Gazastreifen zerstört hat. Sie hätten besser darauf beharren sollen, dass Israel für den Schaden aufkommen soll und nicht der westliche Bürger.

Die Zeit ist mehr als reif für eine neue westliche Außenpolitik im Nahen Osten. Die Spuren der Konfrontation und Unzufriedenheit der Massen wird in Zukunft in Europa mehr zu spüren sein. Der Zulauf bei den radikalen Kräften in Israel, in Palästina und in der gesamten arabischen Welt ist zu groß, als das man ihn ignorieren kann. Sowohl die bedingungslose Unterstützung der Diktatoren als auch die Almosen-Politik aus dem Westen werden für die einfachen Bürger kaum attraktiv sein im Vergleich zu den Anreizen der Radikalen.